

## **5. Frühe Deutschförderung, Betreuungsgutscheine zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und der Chancengerechtigkeit und Mitfinanzierung der familienergänzenden Betreuung im Vorschulbereich durch Kanton und Gemeinden, Fristerstreckung**

Antrag des Regierungsrates vom 6. Juli 2022 und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 8. September 2022

Vorlage 5850a

*Beat Habegger (FDP, Zürich), Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK):* Namens der GPK empfehle ich Ihnen, dieser Fristerstreckung zu diesen drei Motionen zuzustimmen. Die drei Motionen hängen zusammen, es geht bei allen um Änderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG). Sie haben auch einen engen sachlichen Zusammenhang mit der sich bereits in Arbeit befindenden Revision des Gesetzes, eben, wie gesagt, im Zusammenhang mit der frühen Förderung unserer Kinder.

Die drei Motionen sollen als Ganzes dann auch aufeinander abgestimmt sein. Die Vernehmlassung verlief noch bis letzte Woche. Die Bildungsdirektion plant, die Vorlagen dann im November 2023 dem Kantonsrat zu unterbreiten. Deshalb können wir Ihnen diese Fristerstreckung heute auch zur Genehmigung empfehlen. Wir hoffen natürlich, dass das dann auch so geschieht, und bitten Sie deshalb, die Frist der Motion 42/2019 um ein Jahr und die Fristen der anderen beiden Motionen (KR-Nrn. 312/2019, 314/2019) parallel dazu um siebeneinhalb Monate zu erstrecken. Vielen Dank.

*Manuel Kampus (Grüne, Schlieren):* Die Fristerstreckungen reissen nicht ab. Heute beraten wir die Fristerstreckungen von gleich drei Motionen, die eine Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zum Ziel haben. Die Motion 42/2019 wurde am 11. Januar 2021 überwiesen, die Motionen 312/2019 und 314/2019 am 31. Mai 2021. Alle Motionäre stimmen der Fristerstreckung zu. Die Bildungsdirektion wurde mit dem RRB (Regierungsratsbeschluss) 875 ermächtigt, den Vorentwurf mit der Änderung des KJHG in die Vernehmlassung zu geben. Dieser RRB ist vom 15. Juni 2022. Die Bildungsdirektion brauchte demnach also über ein Jahr für diesen Vorentwurf. Diese lange Zeitspanne ist für uns Grüne nur schwer zu akzeptieren und wirft Fragen auf. Wurden diese Vorstösse auf die lange Bank geschoben? Die Vernehmlassung ist seit letztem Montag beendet. Die Vorlage soll aber erst nächsten November in den Rat kommen. Auch diese lange Zeitspanne ist für uns Grüne sehr, sehr lange. Dennoch stimmen wir den Fristerstreckungen zähneknirschend zu und erwarten aber für die Zukunft eine speditivere Arbeitsweise.

*Ratsvizepräsidentin Sylvie Matter:* Das Wort zum Eintreten wird nicht weiter gewünscht.

*Eintreten*

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

*Detailberatung*

*Titel und Ingress*

*I. bis VI.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.